

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau, Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank: Bad Schandau 12 — Öffentliche Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkonten: Dresden 35 527



Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhenndorf, Krippen, Blätthain, Mittelndorf, Ostau, Postwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtendorf, Schmitz, Schöna, Waltersdorf, Wendischhöhe, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmisches Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Joh. Walter Hiele, Verantwortlich: R. Kohnlapper

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 16 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Richterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streit, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 25

Bad Schandau, Montag, den 31. Januar 1927

21. Jahrg.

Für eilige Leser.

* Reichspräsident von Hindenburg hat das neue Reichskabinett ernannt. Das Justiz- und Innenministerium ist vorläufig noch unbesetzt.

* Das haaer Schiedsgericht fällt in der Streitfrage zwischen Deutschland und der Reparationskommission eine Entscheidung zugunsten Deutschlands, infolgedessen werden neun Milliarden nicht auf Reparationskonto angerechnet.

* England hat an China eine Note gerichtet, in der es sich zu Verhandlungen darüber bereit erklärt, die bisher bestehenden Konzessionen in Niederlassungen umzuwandeln.

Das Reichsschiff wieder flott.

Die Lösung der Ministerkrise hat diesmal eine größere Bedeutung dadurch gewonnen, daß die Deutschen in die Regierung eingetreten sind. Man muß daran denken, daß spätestens Ende nächsten Jahres der Reichstag vor Neuwahlen steht und daß, wie die Dinge nun einmal liegen, für den Ausgang der Wahlen entscheidend ist, welche Partei in den letzten Monaten vor diesen Wahlen getrieben worden ist. Angesichts der ganz allgemein gewordenen Parteimüdigkeit will man auf Seiten der Deutschnationalen dann bei den Wahlkämpfen darauf hinweisen, was die Partei in jenen letzten Zeiten geleistet hat. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Stimmung in dieser Partei unbedingt dahin ging, in die Regierung hineinzukommen, eine Stimmung, der der Parteivorstand, Graf Westarp, schon auf dem Parteitag in Köln stärksten Ausdruck gab. Das zweite wesentliche in der Entwicklung ist, daß in Deutschland zum zweiten Male — auch das Kabinett Luther wies vor zwei Jahren dieses Aussehen auf — eine politisch-parlamentarische Trennungslinie gezogen worden ist, die den Reichstag in eine Rechte und eine Linke in die Erscheinung treten läßt. Zweifelslos wird das Bestehen der Trennungslinie sehr viel zu einer Verschärfung der politischen Auseinandersetzungen beitragen, wenn nicht die Mehrheit, die das Steuer des Staates führt, nun durch Taten ihre Befähigung erweist, das Reich in allen seinen Teilen vorwärtszubringen.

Auf der anderen Seite muß festgestellt werden, daß der Gegensatz, der zwischen dem Zentrum und den Deutschnationalen bestand, nun unter dem Druck der gemeinsamen Arbeit sich erheblich mildern wird. Eine Schwierigkeit liegt allerdings noch darin, daß die Deutsche Volkspartei von dem Endergebnis der gesamten Regierungskrise nicht gerade befriedigt ist. Es sind die kulturpolitischen Dinge, die innerhalb der neuen Regierungskoalition zu Meinungsverschiedenheiten führen können. Das braucht aber nicht übertrieben zu werden. Wenn man z. B. daran denkt, daß der bisherige Innenminister Dr. Müller, ein Demokrat, einen Reichstagsgesetzentwurf herausarbeiten ließ, auf dessen Boden sich sogar das Zentrum und die Sozialdemokratie stellen konnten, so wird mit der Möglichkeit zu rechnen sein, daß jene Verschiedenheiten doch nicht als Sprengpulver wirken werden. In der Außenpolitik hat sich die Deutschnationale Volkspartei auf den Standpunkt gestellt, daß die Beschlüsse von Locarno und Genf nun einmal da sind und daß es daher ein ebenso erfolgloses wie überflüssiges Bemühen wäre, dagegen zu opponieren. Schon dadurch, daß die für unsere Außenpolitik maßgebenden Staatsmänner, also Dr. Marx und Dr. Stresemann, wieder Mitglieder des Kabinetts sind, wird auch das Ausmaß zu der Überzeugung kommen müssen, daß trotz der innenpolitischen Schwankung die außenpolitische Linie Deutschlands im wesentlichen dieselbe bleiben wird; allerdings will die Deutschnationale Volkspartei dem Vernehmen nach nicht davon absehen, bei der Vertretung der deutschen Interessen energisch vorzugehen. Die Entwicklung der Dinge in Frankreich, wo Poincaré und die Rechten Parteien einen immer stärkeren Einfluß ausüben, könnte eine Rückwirkung auf die deutsche Außenpolitik nicht verfehlen.

Die klare Scheidung zwischen rechts und links wird auch innenpolitisch von großer Bedeutung sein, obwohl es nicht den Anschein hat, daß man in Preußen aus der jüngsten politischen Entwicklung entsprechende politische Folgerungen ziehen wird. Immerhin muß doch darauf verwiesen werden, daß das neue Kabinett Marx einen etwas anderen Charakter hat als das frühere Kabinett Luther, an dem die Deutschnationalen auch beteiligt waren. Während damals eines der wirklich maßgebenden Ministerien, nämlich das Finanzministerium, durch einen Deutschnationalen geleitet wurde, liegen die Dinge jetzt so, daß die Ministerien von einiger Wichtigkeit, also das auswärtige, das Finanz- und das Arbeitsministerium, durch Männer der Volkspartei bzw. des Zentrums besetzt sind, während den deutschnationalen Vertretern im Kabinett nur die Möglichkeit bleibt, durch ihre Stimme bei der Festlegung der allgemeinen politischen Richtlinien

zu wirken. Hier liegt der Grund für den heftigen Kampf, der um die Befetzung des Finanzministeriums geführt worden ist.

Das deutsche Volk in seiner Mehrheit wird sich kaum durch ein Werturteil von vornherein festlegen, das sich nicht auf die Arbeit des Kabinetts bezieht, sondern von irgendwelchen parteipolitischen Einstellungen ausgeht. Man wird abwarten müssen, was die neue Regierung leistet, ehe man zu solchen Werturteilen kommt. Es wird nicht an Gelegenheit fehlen, die Absichten darzulegen, von denen der neue Kurs erfüllt ist. Reichsschulgesetz und Arbeitslosenversicherung, Arbeitszeitgesetz und Reichswehrreform sind nur ein paar von diesen Fragen, die von dem neuen Kabinett gelöst werden sollen.

Das Reichskabinett ernannt.

Justiz und Inneres fehlen noch.

Die Regierungskrise scheint nunmehr, wenn auch noch nicht ganz, behoben zu sein. Nach einer amtlichen Mitteilung hat Reichspräsident von Hindenburg den bisherigen Reichskanzler Dr. Marx in seinem Amte als Reichskanzler bestätigt, auf dessen Vorschlag den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann, den Reichsarbeitsminister Dr. Trauns, den Reichswehrminister Dr. Gessler sowie den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius in ihren bisherigen Ämtern bestätigt und den Badischen Staatspräsidenten und Finanzminister Dr. h. c. Köhler zum Reichsfinanzminister, den Reichsminister a. D. Schiele, Mitglied des Reichstags, zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, den Verbandssekretär Dr. h. c. Koch, Mitglied des Reichstags, zum Reichsverkehrsminister und den Staatssekretär Dr. Schäkl zum Reichspostminister ernannt. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete hat der Reichspräsident den Reichskanzler Dr. Marx beauftragt. Die Ernennung der Reichsminister der Justiz und des Inneren hat der Reichspräsident mit Rücksicht auf die noch nicht abgeschlossenen letzten Verhandlungen bis Montag abend ausgesetzt.

Die vorläufige Aussetzung der Ministerernennung für die beiden letztgenannten Ministerien hängt mit Schwierigkeiten zusammen, die sich am Sonnabend wegen personeller Fragen ergeben haben. Innerhalb der Zentrumsfraktion und der Deutschen Volkspartei wurden Stimmen laut gegen die Befetzung des Justizministeriums mit dem deutschnationalen Abgeordneten Graf-Thüringen, der als einer der Führer des völkischen Flügels der Deutschnationalen Volkspartei bekannt ist. Man erinnere daran, daß Abg. Graf es in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Reichstages seinerzeit abgelehnt habe, dem damaligen Reichspräsidenten Ebert einen Antrittsbesuch zu machen. Reichskanzler Marx teilte sowohl den Deutschnationalen wie auch dem Reichspräsidenten diese Bedenken mit. Sofort aufgenommene Verhandlungen, die dahin zielten, das Justizministerium dem deutschnationalen Abg. Dr. Hergt zu übertragen und für das Innenministerium einen neuen Kandidaten aus den Reihen der Deutschnationalen zu ernennen — genannt wurde der dem linken Flügel der Partei angehörende Abg. v. Lindeiner-Bildau —, haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt. Die deutschnationale Reichstagsfraktion ist zu Montag nachmittag einberufen worden, um zu den neuen Wünschen und Vorschlägen Stellung zu nehmen.

Die Meinungsverschiedenheiten mit der Deutschen Volkspartei wegen Befetzung des Verkehrsministeriums sind inzwischen beigelegt worden, nachdem Reichspräsident von Hindenburg an den Führer der volksparteilichen Fraktion, den Abg. Dr. Scholz, einen Brief gerichtet hatte, um ihn zur Abgabe dieses Ministeriums an die Deutschnationalen zu bewegen. Die Volkspartei beabsichtigt, in einer öffentlichen Erklärung zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Der Austritt des Reichswehrministers Dr. Gessler aus der Deutschdemokratischen Partei ist nunmehr vollzogen. Er erfolgte in Form eines Briefwechsels zwischen dem Minister und dem Parteiführer, Abg. Koch.

Im übrigen verlautet, daß Dr. Gessler nicht mehr lange auf seinem Posten bleiben soll, da die Volkspartei Anspruch auf diesen Ministerposten erhebt, nachdem sie das Verkehrsministerium an die Deutschnationalen abgegeben hat.

Pensionierung von 2000 polnischen Offizieren?

Warschau. Wie die Blätter melden, beschäftigt Pilsudski, einen großen Teil der aktiven polnischen Offiziere zu pensionieren. Im ganzen sollen 2000 Offiziere, darunter 33 Generale, aus dem aktiven Dienst ausscheiden. Diese Maßnahme soll durch die Kürzung des Militärbudgets notwendig geworden sei.

Das vorläufige amtliche Wahlergebnis in Thüringen.

Weimar, 31. Januar. Der Landeswahlleiter des Landes Thüringen gibt folgendes vorläufiges amtliches Endergebnis der thüringischen Landtagswahlen bekannt: Zahl der abgegebenen Stimmen 815 038. Davon entfielen auf die Liste I. Einheitsliste 270 625 (19 Mandate), II. Sozialdemokraten 262 827 (18 Mandate), III. Kommunisten 113 470 (8 Mandate), IV. Kommunistische Arbeitsgemeinschaft 3874 (0 Mandate), V. Nationalsozialisten 29 918 (2 Mandate), VI. Deutschvölkische 9137 (1 Mandat), VII. Demokraten 26 531 (2 Mandate), VIII. Wirtschaftspartei 75 500 (5 Mandate), IX. Sparer, Aufwarter 23 156 (1 Mandat). Zusammen 56 Mandate.

Nach diesem amtlichen Ergebnis hat also doch die notwendige Stimmenzahl nicht erreicht werden können, die die Zahl der Abgeordneten im neuen Landtag auf 53 beschränkt hätte. Der neue Landtag wird 56 Abgeordnete zählen. Die drei weiteren Sitze entfallen auf die Einheitsliste, die Sozialdemokraten und die Kommunisten.

Die Reststimmverrechnung zwischen den Völkischen und den Nationalsozialisten hat ergeben, daß die Nationalsozialisten nur zwei, die Völkischen dagegen einen Sitz erlangen. Das prozentuale Verhältnis zwischen den bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten und Kommunisten ist demnach wie 53,5 zu 46,5.

Im alten Landtag hatten die bürgerlichen Parteien einschließlich der Vereinigten Völkischen und Nationalsozialisten 42 von 72 Mandaten, also 58,3 Prozent gegenüber 41,7 Prozent der Sozialdemokraten und Kommunisten.

Kommunistische Demonstration gegen die neue Regierung im Berliner Lustgarten

Berlin, 30. Januar. Die Kommunistische Partei hatte in Gemeinschaft mit anderen kommunistischen Organisationen, wie dem Roten Frontkämpferbund, der Kommunistischen Jugend und den Frauen- und Mädchenorganisationen heute zu Demonstrationen im Lustgarten aufgerufen. Die Kundgebung bot das bei derartigen Veranstaltungen übliche Bild. Die mitgeführten Schilder wandten sich hauptsächlich gegen die neue Regierung. Die Demonstranten hatten vor dem Dom, vor der Nationalgalerie, am Reiterdenkmal und an der Schlossseite Aufstellung genommen. In kurzen Ansprachen wandten sich etwa zehn kommunistische Agitationsredner, die an den verschiedensten Stellen Aufstellung genommen hatten, gegen die neue Regierung, deren Zustandekommen vor allem der Sozialdemokratie zum Vorwurf gemacht wurde. Mit dem Hinweis, daß die Demonstrationen nur die Vorbereitung für kommende Kämpfe sein werden und mit Hochrufen auf die Einheitsfront der Werktätigen fand die Demonstration ihr Ende.

Zwischenfälle bei den Kommunistendemonstrationen in Berlin.

Berlin, 31. Januar. Bei den kommunistischen Demonstrationen kam es am Sonntag zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei mehrere Beamte und einige Demonstranten verletzt wurden. 19 Personen wurden verhaftet, darunter ein kommunistischer Berliner Stadtverordneter.

Der Orkan in Großbritannien.

London, 29. Januar. Die Zahl der durch den gestrigen Orkan ums Leben gekommenen Personen ist auf 20 gestiegen. In Glasgow allein beträgt die Zahl der Opfer nunmehr 11, während sich die übrigen 9 Tote auf sechs kleinere Plätze in der Nähe von Glasgow verteilen. Man befürchtet, daß der Sturm heute nacht in Schottland erneut einsehen wird. Im Laufe des Tages herrschte heute in Glasgow starkes Schneewehen, innerhalb von drei Stunden fielen 2 Zoll Schnee. Obwohl auch in London die Gewalt des Windes verspürt und viel Schaden angerichtet wurde, war der Sturm im Vergleich mit anderen Gegenden unverhältnismäßig schwach. Die Maximumgeschwindigkeit in der Umgegend von London betrug gestern 50 Meilen die Stunde. Im Kanal herrscht ein starkes Unwetter, obwohl die See etwas ruhiger geworden ist, nachdem der Wind sich etwas nach Westen umgelegt hat. Mehrere Telephon- und Telegraphenlinien sind zerstört. Die Verbindung mit Irland war heute vollkommen unterbrochen. Von den 18 Linien nach Paris sind nach einem offiziellen Kommuniqué des Postministeriums heute vier außer Betrieb, von vier Linien nach Hamburg eine. Mit Irland sind insgesamt 146 Linien vollkommen gestört.